

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Jürgen Schmude MdB, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, zu zehn Jahren sozial-liberaler Tätigkeit seines Ressorts: Vor einer entscheidenden Bewährungsprobe.

Seite 1-4

Dieter Lattmann MdB stellt zur Diskussion: Dreizehn Gründe, Strauß nicht zu wählen.

Seite 5

Dokumentation

Auszüge aus dem Entwurf für ein SPD-Wahlkampf-Programm in Nordrhein-Westfalen: Politik für unser Land.

Seite 6-9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godasberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 237

11. Dezember 1979

Vor einer entscheidenden Bewährungsprobe

Zehn Jahre Politik für Bildung und Wissenschaft 1969 bis 1979

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Zeitablauf ist kein Grund zum Feiern, und die gegenwärtigen Umstände sind erst recht nicht danach: Die Gangart in den bildungspolitischen Auseinandersetzungen ist schärfer geworden. Der Streit um die Gesamtschule spitzt sich zu, die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans ist gefährdet. Dabei geht es nicht mehr nur um Fachfragen. Die Auseinandersetzung greift über die Ebene der Bildungspolitik im engeren Sinne hinaus auf grundsätzliche gesellschaftspolitische und auch verfassungspolitische Dimensionen. Das ist an sich kein Schade, weil Bildungspolitik nicht nur Sache der Experten ist und sein darf. Sorgebereitet vielmehr, daß die Auseinandersetzung nicht mehr von allen Seiten mit dem Ziel geführt wird, im Rahmen einer gesamtstaatlichen Abstimmung zu gemeinsamen Entscheidungen und Kompromissen zu finden. Dabei stehen nicht nur die künftige Gemeinsamkeit in der Bildungspolitik, sondern auch das bisher Erreichte, stehen schon gefundene Kompromisse und Übereinstimmungen auf dem Spiel. Die gesamtstaatliche Bildungspolitik steht daher heute nicht am Abschluß einer Entwicklung, die einen selbstzufriedenen Rückblick erlaubt. Sie steht viel mehr gerade jetzt und im Hinblick auf die kommenden 80er Jahre vor einer entscheidenden Bewährungsprobe.

Dennoch - oder gerade deswegen - ist ein Blick zurück auf die gesamtstaatliche Bildungspolitik der 70er Jahre nötig und hilfreich. Dabei kann hier nicht die ganze wechselvolle Geschichte der Bildungspolitik in diesem Jahrzehnt beschrieben werden; dies muß andernorts und wohl auch mit mehr Abstand geschehen. Hier kann nur von einem Ausschnitt dieser Geschichte die Rede sein, von den Bemühungen, Leistungen und Rückschläge der Bildungspolitik des Bundes und des Ministeriums, das für sie verantwortlich zeichnet. Es geht dabei



auch um die Frage, ob - wo, und wo nicht - die Erwartungen erfüllt werden, die mit der Verfassungsreform von 1969 verbunden worden sind, als wichtige Zuständigkeiten und Mitverantwortlichkeiten in der Bildungspolitik auf den Bund übertragen wurden.

Die Bilanz der letzten zehn Jahre macht deutlich, daß in dieser Zeit vieles erreicht oder auf den Weg gebracht worden ist, was ohne die Mitwirkung des Bundes nicht oder jedenfalls so erfolgreich hatte erreicht werden können. Aus der Fülle der Aktivitäten nehme ich einige Schwerpunkte heraus, in denen sich das Engagement des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft besonders gezeigt und auch für den einzelnen Bürger ausgezahlt hat:

1. Ausbau des Bildungswesens in gemeinsamer Planung von Bund und Ländern:

Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten zwei Jahrzehnten ausgebaut und weiterentwickelt worden. Der Bund hat sich daran nicht nur durch finanzielle Zuschüsse an die Länder in Milliardenhöhe - für Hochschulbau, Schulen und Ausbildungsstätten der beruflichen Bildung - beteiligt. Er hat darüber hinaus gemeinsam mit den Ländern in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung darum bemüht, daß dieser Ausbau in seinem Umfang, in seinen Strukturen und in seinen zeitlichen Schritten in etwa gleichmäßig in den Bundesländern erfolgte. Die wichtigsten Instrumente dieser gemeinsamen Planung waren die jährlichen Rahmenpläne für den Hochschulbau und der Bildungsgesamtplan von 1973, um dessen Fortschreibung für die 80er Jahre es gegenwärtig geht.

2. Ausweitung und Aufwertung der beruflichen Bildung:

Das für Mitte der 70er Jahre vorausgesagte Defizit von mehreren hunderttausend Ausbildungsplätzen im Bereich der beruflichen Bildung konnte vermieden werden. Durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten konnten bereits 1978 rund 140.000 Ausbildungsverträge mehr als 1975 abgeschlossen werden; in diesem Jahr wird das Angebot an Ausbildungsplätzen die Nachfrage erstmals seit 1974 wieder übersteigen.

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat die Aufgabe, die Berufsbildung zu sichern und auszubauen, rechtzeitig erkannt und zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht. Der Bund hat dafür beträchtliche Mittel bereitgestellt und mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz die Wirtschaft in die Verantwortung genommen. Dabei hat der Bund zugleich seinen Beitrag zur Qualitätsverbesserung der beruflichen Bildung geleistet und alle angebotenen Tauschgeschäfte "mehr Ausbildungsplätze gegen weniger Ausbildungsqualität" zurückgewiesen. In diesen zehn Jahren sind über 80 Ausbildungsberufe neu geordnet worden, die Ausbildung der Ausbilder ist ständig verbessert und die Verbreitung der beruflichen Grundbildung ist vorangetrieben worden. Maßgebliche Arbeiten dafür hat das Bundesinstitut für Berufsbildung geleistet. Heute kann festgestellt werden, daß der vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (BMBW) verfolgte Grundsatz "jedem Jugendlichen eine qualifizierte berufliche Bildung" trotz der damit verbundenen Belastung allseits akzeptiert und die Verwirklichung dieses Ziels näher gerückt ist.

3. Öffnung der Hochschulen:

Bis Mitte der 70er Jahre hatte trotz der erheblichen Ausbauleistungen von Bund und Ländern im Hochschulwesen die Zahl der Numerus clausus-Fächer im Hochschulbereich ständig zugenommen. Nach langen und sehr kontroversen Auseinandersetzungen haben sich auf Vorschlag des BMBW und des Bundeskanzlers die Regierungschefs von Bund und Ländern am 4. November 1977 auf eine Politik der Öffnung der Hochschulen verständigt, mit der die Zahl der Numerus clausus-Fächer im zentralen Auswahlverfahren von vormals über 40 auf heute nur noch elf verringert worden ist. Die seitherige Entwicklung hat diese Politik bestätigt; die vielfach befürchteten Folgen des Abbaus der Zulassungs-



beschränkungen sind nicht eingetreten; der Numerus clausus ist heute nicht mehr das zentrale Thema der Hochschulpolitik.

4. Förderung benachteiligter Gruppen:

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat sich frühzeitig dafür eingesetzt, daß Chancengleichheit sich nicht nur an verbesserten Bildungschancen der Mehrheit, sondern auch in besonderer Förderung benachteiligter Gruppen erweisen muß. Der Grundsatz "Förderung statt Auslese" hat gerade für die Benachteiligten entscheidende Bedeutung. Für Hauptschüler ohne Abschluß und für Behinderte ist in diesen Jahren mehr geschehen als je zuvor. Als weiterer Schwerpunkt ist in den letzten Jahren die Aufgabe hinzugekommen, den Kindern ausländischer Arbeitnehmer und Mitbürger gleiche Bildungschancen zu sichern. Ohne tatsächliche Chancengleichheit im Bildungssystem wird sich die Eingliederung dieser sogenannten "zweiten Ausländergeneration" in unserer Gesellschaft nicht verwirklichen lassen.

5. Gleiche Bildungschancen für Mädchen:

Auf dem Weg zur tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen im Bildungswesen sind wir in den letzten zehn Jahren ein gutes Stück weitergekommen. Die Anteile der Frauen und Mädchen unter den Studienanfängern und Studenten sind ständig gestiegen. Mehr Frauen und Mädchen als je zuvor nehmen eine berufliche Bildung auf und erreichen einen qualifizierten Abschluß. Die Bemühungen des BMBW, durch Modellversuche und Aufklärung auch sogenannte "Männerberufe" für Frauen zu öffnen, bringen mehr und mehr Erfolge.

6. Soziale Absicherung:

Durch die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und durch weitere soziale Verbesserungen (studentische Krankenversicherung, Studentenwohnraumbau) ist heute erreicht, daß die Entscheidung über den Bildungsweg eines Kindes nicht mehr vorrangig nach dem Geldbeutel der Eltern getroffen werden muß. Auch diese soziale Absicherung, ohne die die Forderung nach Chancengleichheit nur Lippenbekenntnis bliebe, wäre ohne das Engagement des Bundes nicht oder so nicht möglich gewesen; zugleich gewährleistet die gesetzliche Regelung des Bundes, daß es in diesem wichtigen Punkt für die Betroffenen keine Unterschiede nach Herkunftsländern gibt.

7. Inhaltliche Reformen im Bildungswesen:

Trotz des Vorrangs für den äußeren Ausbau des Bildungswesens sind in diesem Jahrzehnt auch die inneren Reformen ein gutes Stück vorangekommen. Bestehende Bildungsangebote sind auf breiter Front überprüft und teilweise verbessert, neue Bildungsangebote entwickelt, erprobt und eingeführt worden. Für diese Arbeit hat eine intensive Bildungsforschung im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft und das Instrument der Modellvorhaben im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung unverzichtbare Dienste geleistet. Bis heute sind in allen Ländern der Bundesrepublik und in der Regel unter Beteiligung und auf Antrag der Länder etwa 1.700 Modellvorhaben in allen Bereichen des Bildungswesens vom Kindergarten bis zur Weiterbildung durchgeführt und vom Bund mit rund einer Milliarde DM mitfinanziert worden. Schwerpunkt dieser bisherigen Arbeit waren das Kindergarten-Erprobungsprogramm, die Gesamtschule und die Weiterentwicklung des dreigliedrigen Schulsystems; die gymnasiale Oberstufenreform und das Berufsgrundbildungsjahr, die Gesamthochschule, die Studienreform und das Zulassungswesen, die Lehrerfortbildung und die Weiterbildung. Als neuere Schwerpunkte sind vor allem die Modellvorhaben zur besseren Förderung von Behinderten und Ausländerkindern, die Verbreiterung der musisch-kulturellen Bildung und die Entwicklung sogenannter doppeltqualifizierender Bildungsgänge zu nennen. Die wissenschaftliche Begleitung und die anschließende Auswertung dieser Modellversuche hat nicht nur neue Erkenntnisse gebracht, sondern oftmals auch zur Versachlichung bildungspolitischer Auseinandersetzungen beigetragen und einvernehmliche Entscheidungen über die Reform des Bildungswesens erleichtert. Ergebnisse der Modell-



vorhaben haben die Zielsetzungen des Bildungsgesamtplans in vielfältiger Weise mitbestimmt.

8. Wahrung der Rechtseinheit:

Ebenso wie im Bereich der Ausbildungsförderung hat der Bund durch andere Gesetze und Regelungen im Bildungsbereich ein Mindestmaß an Einheitlichkeit im Bildungswesen Sorge getragen. Zu nennen sind vor allem das Hochschulrahmengesetz, das nach sechsjährigen zähen Auseinandersetzungen im Dezember 1975 verabschiedet worden ist, das Berufsbildungsgesetz (1969) und die auf dieser Grundlage erlassenen Aus- und Fortbildungsordnungen, das Ausbildungsplatzförderungsgesetz (1976), das Graduiertenförderungsgesetz (1971), das Gesetz zum Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht (1976), das Hochschulstatistikgesetz (1971) und bildungspolitisch bedeutsame Regelungen in den Beamten- und Besoldungsgesetzen des Bundes. In anderen Bereichen des Bildungswesens, für die der Bund keine Gesetzgebungskompetenzen hat, hat er jedenfalls durch seine Mitwirkung an der Bildungsplanung auf ein Mindestmaß an Einheitlichkeit hingewirkt.

Dennoch bleibt festzustellen, daß die Entwicklungen des Bildungssystems auch an wichtigen Eckpunkten - mehr als für die Bürger dieses Landes vertretbar - auseinandergegangen sind. Die Bundesregierung hat diese Entwicklung in ihrem Bericht über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems (1978) eingehend dargelegt, ihre Forderung formuliert und Schlußfolgerungen auch für die Frage der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern gezogen. Die Länder haben der Analyse der Bundesregierung in maßgeblichen Punkten zugestimmt und Abhilfe durch neue Ländervereinbarungen zugesagt; konkrete Ergebnisse stehen allerdings noch aus.

9. Sicherung der Grundlagenforschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses:

Gemeinsam mit den Ländern und den Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft hat der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft dafür gesorgt, daß der Ausbau der Hochschulen nicht nur dem Studium und der Lehre, sondern auch der Forschung zugute gekommen ist. Heute bilden die Hochschulen ein leistungsfähiges Forschungspotential, insbesondere für die Grundlagenforschung, auf die unsere rohstoffarme Volkswirtschaft dringend angewiesen ist und bleiben wird. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat hierfür in den Jahren 1969 bis 1979 über die Deutsche Forschungsgemeinschaft über drei Milliarden DM bereitgestellt. Gleichzeitig hat er für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Graduiertenförderungsgesetz) und die Sicherung eines qualifizierten Hochschulpersonals (Heisenberg-Programm) zusätzliche Beiträge geleistet und gerade in diesem Jahr neue Initiativen eingeleitet.

10. Internationale Bildungspolitik:

Die zunehmende internationale Zusammenarbeit, Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit erstreckt sich längst über die klassischen Felder der Außenpolitik und der Wirtschaftspolitik hinaus auf andere Politikbereiche, auch auf die Bildungspolitik. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft fördert vor allem das Auslandsstudium deutscher Studenten und die Tätigkeit junger Wissenschaftler im Ausland. Ein weiteres Schwergewicht ist die bildungspolitische Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft. Hier wie auch durch bilaterale Absprachen soll auch die Berufsbildung zum festen Bestandteil der internationalen Beziehungen werden. Schließlich ist auch die multilaterale Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen, UNESCO, OECD und Europarat, in den vergangenen Jahren weiter ausgebaut worden.

In allen diesen Bereichen hat das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft Leistungen erbracht, die auch vor kritischen Augen bestehen können. Ein nicht unerheblicher Teil der Arbeit dieses Ministeriums schlägt sich in den Ergebnissen gemeinsamer Gremien nieder (insbesondere der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, des Wissenschaftsrats, der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, der Studienreformkommissionen und anderes mehr). Das ist oft weniger spektakulär, aber überaus wichtig für die gesamtstaatliche Bildungspolitik in der Bundesrepublik. Gerade die jüngste Entwicklung zeigt, wie notwendig diese gesamtstaatliche Mitwirkung ist, wenn die Reform des Bildungswesens weiter voran gebracht und dabei ein Mindestmaß an Einheitlichkeit, Gleichwertigkeit und Freizügigkeit gewahrt oder hergestellt werden soll.

(-/11.12.1979/ks/ca)



Dreizehn Gründe, Strauß nicht zu wählen

Von Dieter Lattmann MdB

1. Weil er sich seit dreißig Jahren als ein Politiker aufführt, der Obrigkeit meint, wenn er Demokratie sagt. Strauß über Strauß: "Ich bin Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam." ('Der Spiegel', 30.11.1970)
2. Weil Strauß nie gelernt hat, Freiheit als das Grundrecht der Andersdenkenden zu verteidigen. In keinem Bundesland wird Widerspruch gegen die herrschende Meinung gnadenloser geahndet als im CSU-Staat.
3. Weil Strauß nicht demokratisch auf einem Parteitag der CSU und CDU zum Spitzenkandidaten gewählt wurde, sondern von oben herab durch die Bundestagsfraktion. Dahinter stand die Drohung mit der Vierten Partei, also die Angst vieler Abgeordneter um ihr Mandat. Strauß höhnte: "Die politischen Pygmäen von der CDU, die nur um ihre Wahlkreise bangen...". (Wienerwald-Rede, 'Der Spiegel', 29.11.1976)
4. Weil Strauß und die CSU sich um Kernenergie so wenig sorgen, daß die Nachdenklichen im Lande ihnen die Sorge um unsere Zukunft nicht überlassen können.
5. Weil sich hinter der Pose vom starken Mann eine Mimose verbirgt. Strauß kann Grobheiten nur austeilen, doch Kritik nicht vertragen. In seiner Nähe weiß man, wie oft er Entscheidungen ausweicht. Aus der Ferne erfährt man, daß er manches beherrschen kann - nur nicht sich.
6. Weil Strauß und seine Leute ihre Gegner verteufeln, als sei das Christentum in der CSU noch nicht erfunden. Wer Nationalsozialisten und Sozialisten in einem Atem nennt, betrügt die junge Generation um die Wahrheit. Wahr ist: Die SPD stimmte gegen Hitlers Ermächtigung, die Konservativen sagten ja, und der Papst schloß mit ihm ein Konkordat.
7. Weil Strauß für die Wirtschaft kaum ein anderes Konzept hat als Schmidt und Lambsdorff. Aber durch Kampf gegen die Gewerkschaften riskiert er soziale Unruhen.
8. Weil Millionen Deutsche in der DDR um die Entspannung fürchten, wenn einer die Politik bestimmt, der sich zwischen Ost und West in die Vision vom 'Retter des Abendlandes' verliert. Kalte Krieger hüben und drüben legen Steine auf die Mauer.
9. Weil Strauß das Ende des Klassenkampfes nur für die da unten fordert. Mehr Gerechtigkeit für die Schwächeren verfälscht er zu "Gleichmacherei". In den Schulen will er die alten drei Schichten erhalten, in der Familie die Folgsamkeit von einer auf die andere Generation. Die Welt der Arbeit ist für ihn die Welt der Untertanen.
10. Weil jeder, der gegen Strauß Krawall schlägt, für ihn ein Vermögen wert ist, denn sogleich verspricht er allen, die es hören wollen: Ruhe im Land.
11. Weil Bayern ein wunderschönes Land ist, um darin zu leben. Bloß laufen da in der Politik ein paar Barockbuben herum, die ziemlich brutal sein können. Mit ihren Worten schieben sie Wolken, während die Finger an Blitzableitern hakeln. Strauß als Gewittermacher läßt Skandale regnen. Gut, daß es ein anderes Bayern gibt.
12. Weil Strauß die "ordnungspolitische Sicherung der Marktwirtschaft" (Rede auf dem CSU-Parteitag in München am 29.9.1979) verkündet. Das heißt: Wer nicht den Kapitalismus ohne Alternative für die Zukunft will, muß mit Folgen, ja Verfolgung rechnen, obwohl das Grundgesetz kein Wirtschaftssystem vorschreibt - außer das der Verpflichtung des Eigentums auf das Gemeinwohl.
13. Weil die neue Rechte unter Strauß die Unversöhnlichkeit der 'Sonthofener Rede' zum Programm erhebt. Sie schürt Weimarer Ängste und erstrebt einen Ordnungsstaat, in dem Konsum mehr gilt als Freiheit und Anpassung mehr als Zivilcourage. Die Geschichte wiederholt sich nicht wörtlich, doch wieder einmal ist unsere Demokratie in Gefahr zu verderben.

(-/11.12.1979/vo-he/ca)



Dokumentation"Politik für unser Land"

- Wo die NRW-SPD die Hauptunterschiede zur CDU sieht

Der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, Johannes Rau, und der Vorsitzende der Programm-Kommission der NRW-Sozialdemokraten, Christoph Zöpel, haben am Dienstag den Entwurf für das Programm der SPD Nordrhein-Westfalen für die 80er Jahre vorgestellt. Hauptgegner ist danach im heraufziehenden Landtagswahlkampf Franz Josef Strauß und die CDU. Wir dokumentieren die unter diesem Aspekt wichtigsten Passagen.

Wir Sozialdemokraten sehen als Hauptaufgabe für die 80er Jahre:

- Die Technik muß dem Menschen dienen, sie darf nicht Umwelt zerstören und zur Arbeitslosigkeit führen.
- Die Selbstverwirklichung freier und mündiger Bürger darf nicht durch Bevormundung abgelöst werden.
- Die Gleichberechtigung der Frau, die freie Entfaltung der Familie und gleiche Chancen für alle Kinder müssen verwirklicht werden.
- Der Frieden in Europa muß gesichert, der Frieden in der ganzen Welt durch Solidarität mit den ärmeren Völkern erkämpft werden.

+ + +

Wir haben Nordrhein-Westfalen lebens- und liebenswerter gemacht. Nordrhein-Westfalen hat die Probleme des letzten Jahrzehnts bewältigt:

- Die Kohlekrise ist überwunden. Unsere vorausschauende Politik sicherte die Kohle als heimischen Energieträger. Damit hat Nordrhein-Westfalen den entscheidenden Beitrag zur Energieversorgung der Bundesrepublik geleistet. Wir werden an unserer Politik "Vorrang für die Kohle" festhalten.
- Wir Sozialdemokraten haben als erste dafür gesorgt, daß industrielle Entwicklung die Umwelt nicht unzutraglich belastet. Als Willy Brandt 1961 den "blauen Himmel über der Ruhr" forderte, ist er von vielen bespöttelt worden. Heute ist die Luft im Ruhrgebiet sauberer.
- Wir Sozialdemokraten haben durchgesetzt, daß in den letzten zwölf Jahren durch staatliche Förderung 700.000 neue Wohnungen gebaut und mehr als 800.000 Wohnungen modernisiert wurden. Die Wohnungsnot konnte damit abgebaut werden.
- Wir Sozialdemokraten haben die Unterschiede im Lebensstandard und in den Lebensbedingungen der Bevölkerung zwischen den Industriezentren und den ländlichen Gebieten abgebaut. Überall im Lande haben die Einwohner Nordrhein-Westfalens gleichwertige Chancen.
- Wir Sozialdemokraten haben ein leistungsfähiges Schulsystem an die Stelle von Konfessions- und Zwergschulen gesetzt. Wir haben Hochschulen in bisher benachteiligten Regionen gegründet. 1966 waren sieben Prozent, heute sind 23 Prozent der Studierenden Arbeiterkinder.
- Wir Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß die Menschen im Industrieland Nordrhein-Westfalen mehr Freizeitmöglichkeiten haben. Sie werden nicht mehr durch Privilegien der Eigentümer am Betreten der Wälder und Seeufer gehindert. Mehr als ein Viertel der Landesfläche sind als Naturparks geschützt.
- Nordrhein-Westfalen ist zu einem Land kultureller Vielfalt geworden. Nirgendwo sonst in Europa gibt es eine dichtere Theater- und Museenlandschaft.



Nordrhein-Westfalen ist ein offenes, tolerantes und attraktives Land.

Im Industrieland Nordrhein-Westfalen wird jetzt aber immer stärker erkannt, welche Belastungen für Mensch und Umwelt industrielle Entwicklung mit sich bringen kann. Wir Sozialdemokraten haben diese Probleme als erste aufgegriffen. Menschliche Arbeitsplätze und menschliche Umwelt waren bereits Ziele sozialdemokratischer Politik, als andere noch ungezügelter Wirtschaftswachstum anhängen. Wir zeigen jetzt Konzepte für die Zukunft auf: die Menschen müssen sich weiter gegen Bevormundung durch andere und die Beherrschung durch Technik behaupten können.

Die CDU hat keine Antworten für diese Probleme der 80er Jahre. Mit Strauß wollen die Konservativen die Entwicklung der letzten zehn Jahre rückgängig machen. Sie sind auf dem Weg in die Vergangenheit. Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat sich einem Mann unterworfen, der von unserem Land und seinen Menschen nichts versteht und die Probleme der Gegenwart nicht lösen kann.

+ + +

Am 11. Mai 1980 fällt in Nordrhein-Westfalen wieder eine wichtige Entscheidung. Es geht um den weiteren Weg unseres Landes, es geht um den weiteren Weg Deutschlands. Die Bürger in unserem Land entscheiden, ob Sozialdemokraten wieder die soziale Gerechtigkeit, die freie Entfaltung und die Sicherheit aller garantieren können.

Die Alternative der Konservativen läuft auf eine Politik des kalten Krieges, der Bedrohung des Sozialstaates, der sozialen Ungleichheit und Bevormundung der Bürger hinaus. Unser Ministerpräsident Johannes Rau steht wie Bundeskanzler Helmut Schmidt für soziale Gerechtigkeit, für freie Entfaltung und Sicherheit aller Bürger.

Johannes Rau muß Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen bleiben. Dann kann Helmut Schmidt als Kanzler weiter erfolgreich regieren.

Eine CDU-Regierung in Düsseldorf bedeutet eine zwei Drittel-Mehrheit der CSU- und CDU-geführten Bundesländer im Bundesrat. CSU und CDU können dann jedes Gesetz über den Bundesrat blockieren. Für die CSU/CDU wird also in Nordrhein-Westfalen die "...Schlacht um die Macht in Deutschland..." geschlagen.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen ist konzeptionslos. Sie hat sich der Regierungsübernahme von Heinz Kühn im Jahre 1966 nichts dazugelernt. Sie hat keine Lösungen für die Probleme der Gegenwart und der Zukunft. Ihre Kandidaten haben sich zu Erfüllungshilfen von Strauß gemacht. Sie muten den Bürgern Nordrhein-Westfalens bayerische Polemik statt sachlicher Argumente zu. Die Wähler unseres Landes werden entscheiden, wie es in Nordrhein-Westfalen und damit in Deutschland weitergeht.

Für uns ist klar: Johannes Rau muß Ministerpräsident, Helmut Schmidt muß Kanzler bleiben.

+ + +

o Für die Verkehrspolitik lautet unsere Devise: Eine Straße weniger kann mehr sein als eine Straße zuviel.

+ + +

o Beim Einsatz der Kernenergie hat für die Sozialdemokraten die Sicherheit absoluten Vorrang. Wir werden in Nordrhein-Westfalen den Bau neuer Kernkraftwerke zur Stromerzeugung nur genehmigen, wenn andere Energieträger nicht zur Verfügung stehen. In Nordrhein-Westfalen können Kohlekraftwerke gebaut werden. Deshalb besteht für unser Land zur Zeit kein Bedarf an neuen Kernkraftwerken.

Die bereits bisher betriebenen Kernkraftwerke müssen wir sicher entsorgen. Aus gesamtstaatlicher Verantwortung ist Nordrhein-Westfalen bereit, seinen Beitrag dazu durch den



Bau eines Zwischenlagers zu leisten. Wir sagen aber deutlich: Zwischenlager sind keine Endlager, sie dürfen nur beschickt werden, wenn feststeht, wohin die Brennelemente nach der Zwischenlagerung gebracht werden.

+ + +

- o Wir streiten für die Erhaltung unseres unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens. Wir wollen keine kommerziellen Sender.

+ + +

- o Wir Sozialdemokraten haben durchgesetzt, daß das überkommene Moralstrafrecht abgeschafft und die Handhabung des § 218 StGB liberalisiert wurde. Nicht alles, was aus religiösen oder ethischen Gründen abgelehnt wird, muß der Staat bestrafen.

+ + +

- o Wir Sozialdemokraten sichern die bürgerlichen Freiheitsrechte. Denn wir lehnen Gesinnungsschnüffelerei ab. Wir halten Regelanfragen für kein geeignetes Mittel zur Abwehr von Gegnern eines freiheitlichen und demokratischen Staates.

+ + +

- o Zunehmende Bürokratisierung ist ein Problem der modernen Industriegesellschaften. Es stellt sich für alle Großorganisationen sowohl im staatlichen Bereich wie auch in Großunternehmen. Deshalb ist es unlauter, wenn konservative Politiker versuchen, das allgemeine Unbehagen der Bürger vor der Verwaltung auf den staatlichen Bereich zu beschränken und den Ausbau staatlicher Leistungen durchzusetzen, indem sie Reprivatisierung als Mittel gegen Bürokratismus verlangen. Wir Sozialdemokraten treten dafür ein, Verwaltung effizient, durchschaubar und bürgernah zu machen.

+ + +

- o Wir Sozialdemokraten wollen die Verbesserung des Kindergeldes für alle. Wir lehnen aber eine Wiedereinführung der alten Kinderfreibeträge ab: Höhere Steuerfreibeträge für Kinder reicher Eltern und niedrige für die Kinder ärmerer Eltern halten wir für unerträglich. Die SPD wird dafür sorgen, daß Kinderhaben nicht mit sozialen Nachteilen verbunden ist.

+ + +

- o Die Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Konservativen für freie Entscheidung der Eltern und gleiche Chancen für alle Kinder, gegen Bevormundung und Erhaltung von Privilegien wird deutlich in der Frage der Gesamtschule.

Die SPD wird die Gesamtschule als gleichberechtigte Angebotsschule neben den bestehen-



den Schulformen ausbauen. Das bedeutet: Wir werden überall dort Gesamtschulen errichten, wo Eltern ihre Kinder auf Gesamtschulen schicken wollen.

o Wir haben die Gesamtschule für die Schulreform, die am ehesten den Anforderungen der modernen Gesellschaft gerecht wird und in der sich Chancengleichheit und bestmögliche Förderung, humane Atmosphäre und vielseitige Bildung am ehesten verwirklichen lassen. Für uns Sozialdemokraten gilt in der Bildungspolitik: Fördern statt Auslese. Gegen die Gesamtschule setzen die Konservativen die von sozialer Herkunft und Einkommen der Eltern abhängige Zuteilung von Bildungschancen.

+ + +

Die sozial-liberale Koalition hat die Verträge mit Moskau und Warschau abgeschlossen; CDU/CSU haben sich der Stimme enthalten.

Die sozial-liberale Koalition hat den Vertrag mit Prag abgeschlossen; CDU/CSU haben dagegen gestimmt.

Die sozial-liberale Koalition war dafür, Mitglied der UNO zu werden; die Hälfte der Opposition war dagegen.

Die sozial-liberale Koalition hat den Atomwaffensperrvertrag ratifiziert; wieder hat nahezu die Hälfte der Opposition dagegen gestimmt.

Die sozial-liberale Koalition war dafür, die KSZE-Schlußakte zu unterzeichnen; die CDU/CSU war dagegen.

Die sozial-liberale Koalition war stets auf sich gestellt, wenn es galt, Friedenspolitik zu verwirklichen.

Die CDU/CSU hätte uns in die außenpolitische Isolierung geführt und würde uns unter Strauß dorthin führen. Das würde unsere Sicherheit gefährden. Gerade angesichts der vor uns liegenden schweren Aufgabe, die Politik der Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle voranzubringen.

Die Übernahme der Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen durch die SPD war Voraussetzung dafür, daß die Friedenspolitik, daß die Ostpolitik auch im Bundesrat Mehrheiten fanden.

Die SPD-geführte Landesregierung hat sich im Bundesrat immer für die Durchsetzung dieser Politik eingesetzt.

Es ist für Deutschland entscheidend, daß dies auch nach dem 11. Mai möglich ist.

Für Deutschland und Europa heißt es: Sozialdemokraten garantieren den Frieden. Die Friedenspolitik von Willy Brandt und Helmut Schmidt muß fortgesetzt werden.

+ + + (-/11.12.1979/hl/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

